

# ÖKONOMIE UND BILDUNG – EINE BEZIEHUNGSKRISE

EVA MALTSCHNIG, THOMAS MOLDA SCHL

Quer über den Globus, über verschiedenste Standorte und Studienrichtungen zieht sich bei Studierendenprotesten das Motiv, gegen die Vermarktwirtschaftlichung der Universität und des eigenen Selbst einzutreten. Wird die subjektive Warenförmigkeit als zutiefst unangenehme und freiheitsberaubende Anforderung der Ausbildungsstätte erfahren, so steht diese jedoch nicht losgelöst von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen. Wirtschaftssysteme verändern sich. Sie stehen in Wechselwirkung mit Gesellschaft und Bildung, eine Interferenz dieser Institutionen ist also erwartbar. Die aktuelle Ausdrucksform des kapitalistischen Systems zeichnet sich aber vor allem durch eine spezifische Rationalität aus, die auf alle Lebensbereiche übertragen werden soll. Die Kosten-Nutzen-Rechnung ist die kleinste Einheit des Wirtschaftskonzepts »Neoliberalismus«, der freie Markt seine Interaktionsform. So wie Rosa Luxemburg feststellt, dass der Kapitalismus, um zu überleben, immer neue Märkte erschließen muss, ist die neoliberale Wirtschaftspraxis darauf angewiesen, möglichst alle Bereiche des menschlichen Lebens in ökonomisch erschließbare und profitable Geschäftsfelder zu verwandeln. Da sind Universitäten natürlich nicht ausgeschlossen, im Gegenteil: In unterschiedlichen Zusammenhängen kann die Vermarktwirtschaftlichung der tertiären Bildung beobachtet werden. In dem folgenden Essay soll zunächst eine kurze Geschichte des Neoliberalismus zur Klärung über den Begriff beitragen und anschließend der Zusammenhang zwischen diesem spezifischen Wirtschaftssystem und dem Bildungssystem verdeutlicht werden. Danach wird anhand des Wandels der Organisationsform der österreichischen Universitäten gezeigt, wie sich die Anforderung des Wirtschaftssystems in die Struktur der Bildungseinrichtungen eingeschrieben hat und welche Verschiebungen in der Beziehung zwischen StudentIn und Universität stattgefunden haben. Schließlich soll der Frage nachgegangen werden, ob es denn überhaupt ein Entkommen aus der wirtschaftlichen Verwertbarkeit gibt und wenn ja, wie Universitäten in diesem Sinne aussehen müssten.

## NEOLIBERALISMUS UND BILDUNG

Der Begriff Neoliberalismus ist inzwischen zu einem bedeutenden Schlagwort geworden, das vor allem in der kritischen Debatte oft ungenügend definiert ist. Diese Definition ist jedoch unbedingt nötig, um konkrete Kritik anbringen zu können, die nicht in den Verdacht billiger Polemik gerät. Bevor wir daher das Verhältnis von Neoliberalismus und Bildung beleuchten, wollen wir zunächst den Ursprung und die Bedeutung des Begriffes Neoliberalismus etwas genauer beschreiben.

### *Was ist Neoliberalismus?*

Der Begriff Neoliberalismus ist ein Kunstbegriff, der von der Mont Pelerin Society (MPS) eingeführt wurde. Die MPS ist ein 1947 in der Schweiz gegründeter Zusammenschluss von diversen liberalistischen Intellektuellen. Berühmte TeilnehmerInnen der ersten Tagung waren Friedrich August von Hayek, Milton Friedman oder Ludwig von Mises.

Dieser Think-Tank widmete sich der (Weiter)Entwicklung liberalistischer Wirtschaftskonzepte, die eine Alternative zu staatlicher Lenkung boten. In der Zwischenkriegszeit hatten diese Ideen ob der schlechten Erfahrungen wirtschaftspolitischer laissez-faire Politik wenig Resonanz – die Große Depression und ihre sozialpolitischen Folgen hatten auch in der Wirtschaftswissenschaft ihre Spuren hinterlassen.

Mit dem Vertrauensverlust in die Selbststeuerungsfähigkeit der Wirtschaft wurden im besonderen Maße Staatseingriffe zum zentralen Element einer neuen Wirtschaftspolitik. Als Beispiel sei hier der »New Deal« des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt genannt. Seinen theoretischen Ausdruck fand diese neue Sicht auf Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und Gesellschaft in der ökonomischen Theorie von John Maynard Keynes. Seine »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« wurde zur wichtigsten Grundlage der westlichen Wirtschaftspolitik der 1950er und 1960er.

Dieser Überzeugung von notwendiger staatlicher Lenkung der Wirtschaft trat die MPS entschieden entgegen. Der Begriff Neoliberalismus sollte dabei den in die Kritik geratenen Begriff des Liberalismus ersetzen und somit wieder politikfähig machen. Doch bedeutete die neue Begrifflichkeit nicht, dass Liberalismus und Neoliberalismus einfach miteinander gleichgesetzt werden können. Der Begriff Liberalismus leitet sich vom lateinischen Wort *liberalis* ab, welches übersetzt »die Freiheit betreffend« bedeutet. Im Gegensatz dazu hat der von der MPS geschaffene Begriff

»Neoliberalismus« recht wenig mit der Freiheit der Menschen zu tun. Vielmehr benutzt dieser gezielt Umdeutungen von Begriffen wie Freiheit oder Gleichheit, um seine Ziele zu legitimieren. Es sollte allerdings bis in die 1970er dauern, bis sich neoliberale Politikkonzepte dank der damaligen Wirtschaftskrise in Wissenschaft und Politik durchsetzen konnten. Ihr endgültiger Durchbruch und ihre Etablierung gelang schlussendlich mit der Regierung Reagan in den USA und Thatcher in Großbritannien (vgl. Butterwege et al. 2007).

### *Der Primat des Marktes*

Die Freiheit des Neoliberalismus ist die Freiheit des Marktes. Damit ist aber nicht bloß gemeint, dass Marktdynamiken und -entwicklungen maximale Freiheit geboten werden soll, sondern auch die Überzeugung, dass wahre individuelle Freiheit einzig auf Märkten existieren kann. »*Indem er [der Markt] die Organisation der wirtschaftlichen Aktivitäten der Kontrolle der politischen Instanzen entzieht, eliminiert der Markt zugleich die Quelle der Macht, Zwänge auszuüben*« (Hayek 1971, 37).

Die neoliberale Ideologie geht davon aus, dass perfekte Märkte ohne fremde Einflüsse von außen optimale Ergebnisse bringen. Treten dennoch Schwierigkeiten auf, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, dann werden diese auf eben jene äußeren Einflüsse geschoben. Zum Beispiel ist Arbeitslosigkeit entweder die freiwillige Entscheidung der Individuen, oder das Resultat von zu hohen Löhnen, die durch Interventionen von Gewerkschaften und Regierungen den Markt verzerren. Ein freier Markt, auf dem sich alle bloß als KäuferInnen und VerkäuferInnen begegnen und den Preis für ihre Waren frei aushandeln können, würde hingegen jegliches Überangebot sofort verschwinden lassen.

Staatliche oder gewerkschaftliche Eingriffe beschränken in diesem Verständnis unmittelbar die Freiheit des Marktes und damit mittelbar die daraus abgeleitete Freiheit und Gleichheit der Individuen (vgl. Downs 1968). Die Individuen sind in dieser Vorherrschaft des Marktprinzips auch nur insofern als gleich zu sehen, als dass sie sich alle gleichermaßen denselben Marktgesetzen zu beugen und eine entsprechende, vermarktbarbare Leistung zu erbringen haben. Dementsprechend sollen Sozialmaßnahmen möglichst minimal gehalten und reduziert werden.

Was den Neoliberalismus allerdings besonders auszeichnet ist in diesem Zusammenhang, dass das Paradigma des freien Marktes als optimaler Allokationsmechanismus auch auf alle möglichen anderen, nicht-ökono-

mischen, gesellschaftlichen Bereiche übertragen wird. Ein anschauliches Beispiel dafür ist aus Gary S. Beckers Buch *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens* der Heiratsmarkt. Die Entscheidung für oder wider eine Ehe wird dabei ganz simpel nach einem Kosten-Nutzen-Konzept gelöst. Überwiegen die Vorteile einer Ehe ihre Kosten, kommt diese zustande. Der Mensch agiert hier als homo oeconomicus, als rational handelnde Einheit eines Marktes (vgl. Becker 1982).

Dabei geht der Neoliberalismus allerdings keineswegs davon aus, dass perfekte Märkte automatisch überall von selbst entstehen oder bestehen bleiben können. Im Schutz der Märkte vor Absprachen, Machtkonzentrationen durch Vereinigungen oder nur unzureichend definierter Eigentumsverhältnisse sieht der Neoliberalismus auch die Existenzberechtigung des Staates und seine Tätigkeit. Eine Stärkung der individuellen Position durch Zusammenschlüsse würde den Markt verzerren und ist daher vom Staat zu verbieten und zu bekämpfen. Auf die Verteidigung dieses marktwirtschaftlichen, atomistischen Individualismus soll sich folglich auch die staatliche Wirtschaftspolitik beschränken.

#### *Neoliberalismus und Bildung – Stichwort Standortwettbewerb*

In der von neoliberalen Grundsätzen geprägten Politik wird der Primat des Marktes beziehungsweise der Wirtschaft auch in der Bildung entsprechend umgesetzt. Anstatt einen emanzipatorischen Bildungsbegriff zu verfolgen, der als das Ziel eines Bildungssystems die Erziehung von mündigen und kritischen BürgerInnen versteht, wird Bildung der Status eines positiven Wirtschaftsfaktors zugesprochen. Bildung, oder besser gesagt Ausbildung, soll in diesem Verständnis den Bedürfnissen des Standorts angepasst sein. Im internationalen Wettbewerb um Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze soll ein möglichst an den kurzfristigen Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtetes Bildungssystem die Menschen zu guten Humanressourcen erziehen. Investitionen in dieses Bildungssystem müssen dann auch entsprechende Renditen erbringen können, um als legitim zu gelten.

Der Standortwettbewerb hat die einzelnen Regierungen der verschiedenen Länder in einen Markt für Unternehmensinvestitionen gedrängt. Nur der Staat, der einem Unternehmen die bestmöglichen Bedingungen bietet, kann auch damit rechnen, dass Niederlassungen gegründet werden und somit Leute Beschäftigung finden. In einer einfachen Kosten-Nutzenrechnung wird folglich zwischen der Wirtschaft nützlichen und unnützen Bildungswegen unterschieden. In diesem Zusammenhang ist auch die Transformation der Universitäten in Bildungsunternehmen zu sehen, wel-

che in Österreich zunehmend fortschreitet. Wollen Universitäten öffentliche Gelder erhalten, dann müssen sie auch einen entsprechenden Nutzen nachweisen können. Gleichzeitig sollen die Universitäten in eine Konkurrenz zueinander treten: Sie konkurrieren um die besten ProfessorInnen, die besten Studierenden, die interessantesten Forschungsaufträge. Dieses Konkurrenzverhältnis setzt sich fort von der Standortfrage der einzelnen Volkswirtschaften über die Konkurrenz der Universitäten, schließlich zu einer Konkurrenz der Studierenden um die wenigen Plätze. Die neoliberale Idee, dass alles in der Gesellschaft durch einen Markt optimal organisiert werden könne, findet ihre finale Umsetzung in der Bildung, wenn die Universität für Studierende nur noch ein Markt für Ausbildung ist.

### **VERMARKTWIRTSCHAFTLICHUNG AM BEISPIEL UNIVERSITÄTSORGANISATION**

Organisationsstrukturen von Universitäten waren immer von gesellschaftlichen Bedingungen geprägt, einer steten Entwicklung unterworfen und sind Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse. Vor diesem Hintergrund sollen nun die Entwicklung des Österreichischen Hochschulsystems und die Umbrüche, die vor allem das Universitätsorganisationsgesetz 1975 (UOG 1975) und das Universitätsgesetz 2002 (UG 2002) mit sich brachten, dargestellt werden.

#### *Von der Ordinarienuniversität ...*

Die Österreichische Universität vor den tiefgreifenden Reformen der 1970er Jahre kann als Ordinarienuniversität beschrieben werden. Damit ist eine Institution gemeint, die den Professoren (hier wird das generische Maskulinum bewusst verwendet, um die Abwesenheit von Professorinnen zu dokumentieren) die absolute Entscheidungsmacht innerhalb eines ständisch organisierten Systems der Selbstverwaltung anvertraute. Die Herrschaft der Professoren war durch eine symbolische Attribuierung des Lehrstuhls mit aristokratischen, elitären Elementen tief in die Universitätsstruktur eingeschrieben. Hinter diesen Eigenschaften schimmert ein Humboldtsches Bildungsideal durch, das als Wissenschaftsziel »das Streben nach Wahrheit ‚in Einsamkeit und Frieden‘« formulierte (Burtscher et. al 2005, 146). Universitäten waren demnach der freien Bildung und Wissenschaft verpflichtet, die aber nur sehr Wenigen zu Gute kam. Diese universitäre Organisationsform hatte mit demokratischer Selbstverwaltung nichts zu tun (vgl. ebd., 145 f.).

*...über die demokratische Selbstverwaltung ...*

Diese Organisationsform stieß mit den tiefgreifenden Umwälzungen der Nachkriegszeit an ihre Grenzen – die Universität war gefordert, sich gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen und vor allem, qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden, die die wachsende Wirtschaft brauchte. Dazu kamen in den späten 1960er Jahren politische Forderungen nach der Demokratisierung aller Lebensbereiche. Obwohl die 68er-Bewegung Österreich eher am Rande gestreift denn ins Herz getroffen hatte, wurden die Forderungen der hauptsächlich von Studierenden getragenen Bewegung unter der Ära Kreisky teilweise politischer Umsetzung zugeführt. Unter der damaligen Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg wurde das Universitätsorganisationsgesetz 1975 ausgearbeitet, das die Ordinarienu-niversität zur historischen Tatsache machte und alle Strukturen der Universitäten demokratisierte. Die kollegialen Entscheidungsorgane setzten sich von nun an aus VertreterInnen dreier verschiedener Kurien (StudentInnen, wissenschaftliches Personal, ProfessorInnen) zusammen und auch nicht-wissenschaftlichem Personal wurden Mitspracherechte eingeräumt. Die Motive dieser fundamentalen Umstrukturierung waren jedoch janusköpfig. Auf der einen Seite wurde Bildung als Mittel der Emanzipation und des sozialen Aufstiegs gesehen, vor diesem Hintergrund Studiengebühren abgeschafft und das Stipendiensystem ausgebaut. Andererseits waren wirtschaftliche Gründe maßgeblich für die Öffnung der Universitäten in den 1970er Jahren: »Höhere Effizienz war dem UOG 1975 gleichermaßen inhärent wie Demokratisierung« (ebd., 147). Die Universität wurde rationalisiert und für den Massenbetrieb tauglich gemacht.

*... zum Unternehmen Universität.*

Bereits in den 1980er und 1990er Jahren änderten sich die Prämissen der Wirtschaft und ihre Anforderungen an Universitätspolitik erneut. Strukturell manifestierten sich marktförmige Organisationsstrategien an den Universitäten im Universitätsgesetz 2002. In diesem Gesetz wurden die österreichischen Universitäten in die Vollrechtsfähigkeit entlassen. Die Struktur dieser nunmehr autonomen Universitäten gleicht Unternehmen. Anstelle unbequemer Kollegialorgane wurden betriebswirtschaftliche Kontrollorgane eingeführt: Eine starke Leitung (Rektorat) verfügt über die Mehrheit der Entscheidungsmacht, wird von einem Aufsichtsrat gewählt und kontrolliert (Universitätsrat), verteilt bzw. bekommt finanzielle Mittel nach objektiven Kriterien (Leistungs- und Zielvereinbarung) und entwickelt sich durch Evaluierung und (externe) Qualitätssicherung weiter. Dieser

Umbau der Leitungsstrukturen wird von Pelizzari unter dem Begriff der Staatsprivatisierung gefasst (vgl. Pelizzari 2005, 83 f.), die sich im Gegensatz zu Aufgabenprivatisierung (staatliche Aufgaben werden dem Markt übergeben) und Staatskapitalprivatisierung (Staatliches Eigentum wird veräußert) direkt in den Strukturen des öffentlichen Bereichs vollzieht. Das bislang wichtigste Kollegialorgan der Universität verliert zentrale Befugnisse: Der Senat darf fortan beraten, aber nicht mehr entscheiden. Typisch hierfür ist zum Beispiel folgende Formulierung einer Aufgabe des Senats im UG 2002: »Zustimmung zu dem vom Rektorat beschlossenen Entwurf des Organisationsplans innerhalb von zwei Monaten; stimmt der Senat nicht fristgerecht zu, ist der Organisationsplan dennoch an den Universitätsrat weiterzuleiten«.

Diese Managementisierung der Universität in der österreichischen Ausformung hat etliche Implikationen: Demokratische Mitbestimmung wird abgebaut, durch »leistungsorientierte« Mittelverteilung ein Quasi-Markt sowohl zwischen Organisationseinheiten einer Universität als auch zwischen Universitäten eingeführt und schließlich wird die Verantwortung über die Zustände an den Universitäten unklar – sind die Rektorate an den miserablen Zuständen an ihren Universitäten selbst schuld? Oder ist es doch das Wissenschaftsministerium, das über die Mittelvergabe mit Hilfe der Leistungsvereinbarungen Druck ausübt? Den schwarzen Peter zieht keine Institution freiwillig.

### *Kundschaft StudentInnen*

Mit der Organisationsstruktur der Universität verändert sich auch die Rolle, die Studierenden in dieser Institution zugesprochen wird. Studentische Mitbestimmung ist im New Public Management nicht vorgesehen – Agenden, die früher auf Institutsebene gleichberechtigt zwischen ProfessorInnen, akademischem Mittelbau und StudentInnen verhandelt wurden, liegen nun im Aufgabenbereich des professorInnendominierten Senats oder sind gänzlich Agenda des Rektorats.

Auch das Menschenbild hat sich gewandelt: Die »standortgerechte Dienstleistungsuniversität« ist Anbieterin einer Ware, die von KundInnen konsumiert wird. Die Zuschreibung der neuen StudentInnen-Rolle als KundInnen wurde in Österreich durch die Einführung der Studiengebühren im Wintersemester 2001/02 fixiert. Natürlich nahmen viele diese neue Funktion in der Universität nicht widerspruchlos an, der Einführung der Studiengebühren wurde mit weitreichendem Protest begegnet. Nichts desto trotz lässt sich eine Veränderung in der psychischen Disposition der StudentInnen durch die Einführung von Studiengebühren feststellen: »Ins-

gesamt geben mehr als zwei Drittel der Studierenden/Erstzugelassenen an, dass die Studienbeiträge einerseits ihre Studienintensität erhöhen (werden), andererseits sie auch stärker auf ihre Rechte achten (werden) und versuchen (werden), so viel als möglich für ihr Geld zu bekommen« (Kolland 2002, 16) – nach dem Motto »Wir zahlen – wir fordern« führte die Bepreisung eines Studiensemesters zu einem neuen Verhältnis zwischen Studierenden und Universität, das von vielen Studierenden unhinterfragt akzeptiert wurde.

### **ÖKONOMIE UND EMANZIPATORISCHE BILDUNG – EINE FRAGE DER UMSTÄNDE**

»Genauso wie es nicht möglich ist, nur ein wenig schwanger zu sein, ist es auch nicht möglich, die Profitökonomie in Grenzen zu halten«, schreibt Erich Ribolits (2003) ob der Forderung, dass Bildung nicht zur Ware werden dürfe. Er meint damit, dass die Annahme, ein Bereich des Lebens könnte losgelöst vom Wirtschaftssystem nach eigenen Gesetzmäßigkeiten existieren, vor der empirischen Situation der expandierenden Marktwirtschaft nicht standhalten könne. Ein gesellschaftliches System braucht Institutionen, die zu seiner Reproduktion beitragen und miteinander interagieren. In der Annahme eines kapitalistischen Gesellschaftssystems, das sich der freien Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem und diversen Märkten – dem Arbeitsmarkt als ihrem wichtigsten – zur Integration der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche bedient, müssen Alternativen geschaffen werden, die über die Reform einer Institution hinausgehen.

Gehen wir aber vorerst von einer ökonomistischen Betrachtungsweise aus: In einem solchen Fall müssen wir Universitäten als Produktionsbetriebe ansehen. Tatsächlich wird dort nicht nur in umfangreichem Ausmaß Wissen produziert und reproduziert, sie sind auch ein wichtiger Bestandteil in der modernen Produktion von Ideologien und Wertvorstellungen. Mit dieser Perspektive sind wir noch nicht weit von den neoliberalen Vorstellungen von Universitäten als Wissensunternehmen entfernt. Doch von dieser Basis ausgehend können wir durchaus Alternativen entwickeln, welche die Ökonomie an den Universitäten wieder zu uns Studierenden zurückholt.

Wo steht denn beispielsweise geschrieben, dass Unternehmen immer nur streng hierarchisch, von oben geführte Organisationen sein müssen, in

denen die Führungsspitze befiehlt und die unteren Ränge diese Befehle ausführen? Es gibt genug alternative Organisationsformen von Produktionsbetrieben, welche auch auf die Organisation Universität übertragen werden können (auch wenn diese in der so genannten Privatwirtschaft ebenfalls nur selten vorkommen). Eine gemeinsame demokratische Organisation Aller, die an der Universität beschäftigt sind, ist möglich. Dies würde nicht nur ProfessorInnen und universitären Mittelbau einschließen, sondern selbstverständlich auch uns Studierende, denn gerade die Studierenden sind ein essentieller Bestandteil einer jeden Universität.

In der betriebswirtschaftlichen Motivationslehre setzt sich zunehmend die Ansicht durch, dass Mitspracherechte von MitarbeiterInnen und persönliche Identifikation mit dem Betrieb enorme Bedeutung für deren Motivation haben. Auf Universitäten hingegen werden die Studierenden zunehmend als KonsumentInnen in einem Ausbildungssupermarkt angesehen. Dabei wird allerdings vergessen, dass Supermärkte nur eine geringe KundInnenbindung aufweisen. Wer also eine solche Ideologie auf den Universitäten durchsetzen will, darf sich nicht über hohe Drop-Out Quoten wundern.

Die Frage der Vermarktwirtschaftlichung der Bildung tritt in jenem Moment in den Hintergrund, in dem das Wirtschaftssystem nicht losgelöst von seinen gesellschaftlichen Zielen betrachtet wird. Wir müssen uns die Frage stellen, ob der Nutzen oder der Sinn, der individuelle Erfolg oder der gesellschaftliche Ausgleich, die Nützlich-Machung des Geistes oder die Emanzipation der Menschen die Maßstäbe sein sollen, an denen sich Gesellschaften orientieren. Geld oder Leben ist schließlich die notwendige Frage, die sich nicht nur an Universitäten stellen kann. Und da heißt sich die Katze in den Schwanz – Wo kann über alternative Gesellschaftsmodelle nachgedacht werden? An Unis. Wird dort über alternative Gesellschaftsmodelle nachgedacht? Kaum. Warum nicht? Weil Publikationen über solche Themen keine Impact-Points bringen, dem Institut, dem Departement, der Uni nichts nützen – Verwertungslogik ist überall.

#### **KEINE FRAGE VON NATURZWÄNGEN!**

Was diese Ausführungen zeigen, ist, dass der neoliberale Einfluss auf Universitätsorganisation im Speziellen und die Gesellschaft im Allgemeinen keineswegs das Resultat von Naturzwängen ist. Hinter den Maßnahmen der letzten Jahrzehnte, die zu einer immer weiteren Vermarktwirtschaftli-

chung von Universitäten geführt haben, stehen unzählige politische Entscheidungen. Entscheidungen, die von verschiedensten Interessensgruppen immer wieder beeinflusst wurden.

Das sollte uns Mut machen, denn es zeigt die Veränderbarkeit von gegebenen Situationen. Eine starke Studierendenschaft, die es nicht einfach hinnimmt, wenn wichtige Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg getroffen werden, kann sehr wohl die politischen Entwicklungen auch in ihrem Sinne beeinflussen. Es geht darum, Missstände schonungslos anzuprangern, Alternativen aufzuzeigen und konsequent auf deren Umsetzung hinzuarbeiten. Dann kann auch der Neoliberalismus an den Universitäten durch Demokratisierung abgelöst werden.

## LITERATUR

- Becker, Gary S. (1982): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. Tübingen: Mohr.
- Burtscher, Christian/Pier-Paolo Pasqualoni/Alan Scott (2005): Das österreichische Universitätssystem im Schatten zweier Gesetze. In: Welte, Heike/Manfred Auer/Claudia Meister-Scheytt (Hg.): Management von Universitäten. Zwischen Tradition und (Post-)Moderne. München/Mering: Hampp Verlag.
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.) (2007): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Downs, Anthony (1968): Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen: Mohr.
- Hayek, Friedrich August (1971): Die Verfassung der Freiheit. Tübingen: Mohr.
- Hayek, Friedrich August (1977): Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus. Tübingen: Mohr.
- Pelizzari, Alessandro (2005): Marktgerecht Studieren. New Public Management an den Universitäten, in: Österreichische HochschülerInnenschaft, Paolo Freire Zentrum (Hg.): Ökonomisierung der Bildung. Tendenzen, Strategien, Alternativen. Wien: Mandelbaum, 83-101.

## ONLINE-QUELLEN

- Kolland, Franz (2002): Auswirkungen der Einführung von Studienbeiträgen auf die Studienbeteiligung und das Studierverhalten, Wien. Online unter <http://www.media.ueberguehr.de/view/id/1324/> (Zugriff 21.01.2010).
- Ribolits, Erich (2003): Wieso sollte eigentlich gerade Bildung nicht zur Ware werden? In: Österreichische Hochschüler/innenschaft (Hg.): Education not Profit. Wien, 80-86. Online unter <http://homepage.univie.ac.at/erich.ribolits/php/archive.php?id=274> (Zugriff 22.01.2010).